



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/MI/260 - 10. November 1956  
Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21931-33  
Fernschreiber 0886590

Vor einem Abschnitt neuer Aktivität	S. 1
Das sozialistische 23-Parteien Meeting in Bombay	S. 3
"Staatsbürgerliche Vereinigung" als Zentralinstitut für Parteien-Finanzierung	S. 5
Bilder, die den Tod bedeuten können	S. 7

## USA ohne Nahost-Konzeption

sp. Man überlegt sich jetzt, nachdem die unmittelbare Gefahr einer Kriegsausweitung erheblich geringer geworden ist, überall im Westen, welche Schlussfolgerungen aus den Ereignissen der letzten Wochen zu ziehen sind. Ziemlich allgemein geht man dabei von der Erkenntnis aus, dass der Westen durch Verlauf und Ausgang der Ereignisse in Ägypten mehr verloren als gewonnen habe. Das Hauptziel der Intervention, der Sturz Nassers, wurde nicht erreicht. Dafür ist die Stellung Bödens schwer erschüttert, noch schwerer allerdings, was viel verhängnisvoller ist, die Glaubwürdigkeit der Grundthesen der westlichen Welt: Ablehnung jeder Gewalt bei der Lösung politischer Streitfragen und die Achtung vor geltenden internationalen Recht. Sicher ist richtig, dass die Sowjetunion gegen diese Gebote am eklatantesten verstossen hat. Der Unterschied ist nur, dass ihr diese Glaubwürdigkeit schon lange vor den letzten Ereignissen abhanden gekommen war, wenn auch die Entwicklung in einzelnen Bereichen der Sowjetunion selbst und der sowjetischen Einfluss-Sphäre Hoffnungen auf eine Änderung dieses Mangels hatten aufkommen lassen.

Damit eng zusammen hängt die Schwächung des Westens durch den schweren Riss, den die Beziehungen zwischen Grossbritannien und Frankreich auf der einen, und den USA auf der anderen Seite erhalten haben. Die atlantische Verteidigungsgemeinschaft hat einen bösen Schlag erlitten. Man ist sich noch nicht darüber klar, wie der Schaden wieder repariert werden kann, nur darüber, dass er repariert werden muss und dass es im gegenwärtigen Augenblick unzweckmässig wäre, aus dem Ge-

schehenen die Folge zu ziehen, dass nun ganz neue Wege beschritten werden müssen. Dies wenigstens ist die Meinung, so scheint es, in Kreisen der betroffenen Regierungen.

Dabei hat in dem gefährvollen letzten Zeitabschnitt in Westeuropa der Vorwurf an die Adresse der USA eine wachsende Bedeutung bekommen, die Nah-Ost-Politik Washingtons sei unklar und richtungslos gewesen. Man habe weder in London noch in Paris noch in Bonn erkennen können, was das Staatsdepartement eigentlich wolle, angefangen von der unverständlichen Verweigerung der Mittel für den Bau des Assuan-Dammes. Dieses Fehlen einer Konzeption auf der amerikanischen Seite habe nicht wenig zu der Zuspitzung der Situation beigetragen.

Sicher ist daran manches wahr. Ein Grund hat bestimmt in der innenpolitischen Unsicherheit der USA gelegen, die nach alter Tradition in den letzten Monaten vor den Präsidentenwahlen herrscht. Aber man darf nicht vergessen, dass jener Vorwurf wegen des Fehlens einer klaren Linie in der Nah-Ost-Politik in erster Linie von den wichtigsten Mächten Westeuropas erhoben wird, d.h. von jenen, die unter einer "klaren Linie" ja wohl vor allem eine Übereinstimmung mit ihren eigenen Vorstellungen und Wünschen verstehen. Hier aber lag von Beginn an eine entscheidende Schwierigkeit. Der eigentliche britisch-französische Ausgangspunkt in dieser ganzen Krise war der von Kolonialmächten, die sich auf einem für sie sehr schmerzlichen Rückzug befinden und die, um wenigstens ihre nächstlichen (Grossbritannien) und afrikanischen (Frankreich) Positionen zu retten, gegen Nasser, den sie als Herausforderer empfanden, zum Angriff übergingen.

Die USA aber haben ihre Geschichte im Kampf gegen eine Kolonialmacht, Grossbritannien, begonnen. Diese Vergangenheit, dieses Gesetz, nach dem sie als Nation angetreten waren, zu verleugnen, musste für die Amerikaner äusserst schwierig, wenn nicht unmöglich sein. So blieb aus solchen traditionellen, aber auch aus Gründen der praktischen Gegenwartspolitik für sie kein anderer Weg als der der Vermittlung. Es liegt in der Natur einer solchen Bemühung, dass dabei nicht eine Linie verfolgt werden kann, die einseitig und parteiisch wäre, auch wenn sie von inter-sociarter Seite euphemistisch "klar" genannt wird. Washington hat sich im Sicherheitsrat z.B. mit der Sowjetunion gegen Grossbritannien und Frankreich gestellt und wird dies gewiss nicht leichten Herzens getan haben. Es hat aber auch scharf den Anbiederungsversuch Bulganins zurückgewiesen, und sich zu Massnahmen erhöhter militärischer Bereitschaft entschlossen, als die Russen massive Drohungen gegen die europäischen Westmächte für angebracht hielten.

Die Lähmung der amerikanischen Aussenpolitik, die, ungeachtet dieser notwendigen Begleiterscheinungen einer Vermittlerrolle ohne Zweifel bestand, wird nach den Wahlen einer Phase neuer Aktivität weichen. Da es sehr fraglich ist, ob Dulles wegen seines Leidens auf seinen Posten zurückkehren kann, werden drüben bereits Namen von möglichen Nachfolgern genannt. Vielleicht wird dieser neue Abschnitt unter dem Namen von McCloy stehen, der unter den Anwärtern an erster Stelle zu rangieren scheint.

## Asien will den sozialdemokratischen Weg gehen

Sonderbericht von Heinrich Braune

Bombay, Anfang November 1956

Die Sonne glühte wie jeden Tag dieser Tagungswoche der 2. Asiatischen Sozialistenkonferenz vom wolkenlosen blauen Himmel. Das Meer schenkte der 3 1/2 Millionenstadt Bombay keine erfrischende Brise. Aber auf dem riesigen Kufeisentisch des nagelneuen Bühnenhauses im Freilichttheater der Elphinstone-Hochschule knallten zusätzlich die Scheinwerferbatterien der Wochenschauen. Mehr als 100 Delegierte, die von Japan, vom Himalaya, Inseln, Vorder- und Hinterindien, von Hongkong, aus den Fiebersümpfen Malayas ebenso gekommen waren wie aus Afrika, der syrischen Wüste und schliesslich aus Europa, demonstrierten der Weltöffentlichkeit eine eindrucksvolle Schau des sich kraftvoll organisierenden asiatischen Sozialismus, der auch hier im Fernen Osten im Begriff ist, zur tragenden Führungsmacht in den jungen Staaten der ehemaligen Kolonialsphäre zu werden.

Vor gut drei Jahren, im Januar 1953, wurde in Burmas Hauptstadt Rangoon, die "ASC", die Asiatische Sozialistische Konferenz, gegründet. Ein Burmese, der Ministerpräsident U Ba Swe, im weiten gelben Buddhistenmantel, leitete auch dieses Mal die Verhandlungen und gab Rechenschaft über die intensive Arbeit dieser drei Jahre, die die Konferenz zu einem bedeutenden, aus der asiatischen Politik nicht mehr wegzudenkenden Faktor machte.

Die jungen Staaten marschieren mit einem erstaunlich geschichtlich klaren Bewusstsein in ihre Zukunft. Sie haben den Kolonialkapitalismus am eigenen Leibe erfahren und haben das neue Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem des Kommunismus jeden Tag vor Augen. Sie haben von beiden genug. Die Riesenaufgaben, die vor ihnen stehen, um Hunger, Seuchen und fürchterliches soziales Elend in ihren Ländern zu überwinden, können mit privaten Mitteln nicht einmal angeritzt, geschweige denn gemeistert werden.

Nur eine umfassende staatliche Initiative, eine ungeheure nationale Anstrengung und eine breite, den letzten Bauern erfassende Volksbewegung, die alle Massnahmen von oben genossenschaftlich unterbaut, haben die Aussicht, für die asiatischen Völker die Zukunft zu gewinnen.

Dieser Weg aber ist ein sozialistischer Weg, Und da er die eben

gewonnene Freiheit nur garantiert, wenn er in jeder Phase mit echten demokratischen Mitteln gegangen wird, ist er ein sozialdemokratischer Weg.

Das war das Überraschende für den deutschen Beobachter, dass dieser in und für die deutsche Bewegung und Organisation geprägter Begriff von den Rednern auf dieser Bühne, vor einem aufmerksam lauschenden mehr als 1000köpfigen Auditorium - national genau so bunt gemischt wie der Delegiertentisch - immer wieder für die eigene Politik in Anspruch genommen wurde.

Erich Ollenhauer wurde darum ebenso als deutscher Sozialdemokrat wie als der Vertreter der Sozialistischen Internationale begrüsst, und der grosse Widerhall, den jedes seiner Worte hier findet, ob in Pressekonferenzen, Interviews oder bei seiner Begrüssungsansprache vor den Delegierten dieses Kongresses, erhält vor allem auch seine Begründung in der Tatsache, dass die sozialdemokratische Methode der sozialistischen Politik von den jungen Parteien Asiens zum Modell genommen, nicht zuletzt wegen der klaren und durch keinerlei Anbiederungen sich wandelnden Haltung gegenüber dem Kommunismus.

Welche Reife des politischen Urteils sich die asiatischen Sozialisten sich erarbeitet haben, bewies die Überlegene Behandlung des Suezkonfliktes auf dieser öffentlichen Veranstaltung. Schliesslich reagiert man hier begreiflicherweise wohl am leidenschaftlichsten gegen jeden Angriff auf die Souveränität eines Landes. Aber Mosche Sharett, Israels ehemaliger Ministerpräsident und Aussenminister, konnte wohl nur vor diesem toleranten Gremium Beifall und Verständnis finden für die Ereignisse am Suez, die er von Israels Seite aus als eine "drastische Massnahme zur Selbstverteidigung" nannte bei gleichzeitiger Ablehnung der englisch-französischen Einmischung, die von andern als das Gesetz des Dschungels angeprangert wurde.

Die politische Überlegenheit, die auch in den Tagen vorher den Geist dieser Konferenz beherrschte, machte sie auch bei der ersten öffentlichen Behandlung dieser Frage in Asien zu einer eindrucksvollen Demonstration sozialistischer Haltung.

Jetzt wird sich die Konferenz praktischen Tagesaufgaben zuwenden, um in gemeinsamer Arbeit gemeinsame Lösungen für Asiens politische Probleme zu finden.

### Wahlkampfzubereitung

W.P. Am 23. Oktober 1956 erschien im Bundesgesetzblatt die "Zweite Verordnung über den Abzug von Spenden zur Förderung staatspolitischer Zwecke", mit der eine "Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e.V., Köln" als eine juristische Person im Sinn des § 49 Ziff. 3 der Einkommensteuer - Durchführungs-Verordnung vom 21. Dezember 1955 und des § 26 Ziff. 3 der Körperschaftssteuer-Durchführungsverordnung vom 23. Dezember 1955 anerkannt wird. Die genannten Paragraphen besagen, dass Spenden an solche Vereinigungen steuerfrei sind, die von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmt worden sind.

Mit welchen so bedeutungsvollen Aufgaben befasst sich nun diese "Staatsbürgerliche Vereinigung", dass Spenden an sie von der Bundesregierung für steuerlich abzugsfähig erklärt werden? Die Satzung dieser Vereinigung ist so allgemein gehalten, dass man nicht viel über den wirklichen Zweck aus ihr entnehmen kann. "Förderung des demokratischen Staatswesens" und "Verteidigung und Festigung der persönlichen und politischen Grundrechte" ist das Anliegen zahlloser anderer Vereine auch. Dagegen scheint die Bemerkung, dass die Vereinigung eine Zusammenarbeit mit anderen Vereinigungen und Gruppen anstrebe, "die gleichartige Ziele verfolgen", den wahren Zweck wenigstens anzudeuten.

Die "Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e.V., Köln" ist nämlich das zentrale Institut der Industrie für die Finanzierung der Wahlkämpfe der die Regierung Adenauer tragenden Parteienkoalition. Sie wurde Ende 1954 gegründet, unmittelbar nachdem die Regierungsparteien im Bundestag die Steuerfreiheit für Spenden an politische Parteien durchgesetzt hatten. Im Vereinsregister waren als vorläufige Vorstandsmitglieder Persönlichkeiten genannt wie Fritz Berg, Präsident des "Bundesverbandes der Deutschen Industrie", Dr. Robert Pferdenges, Freund und Berater Dr. Adenauers, und Dr. H.G. Paulssen, Präsident der "Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände". Der Verein ist darauf abgestellt, so heisst es in der Satzung, Spenden entgegenzunehmen. Dass dies tatsächlich sein alleiniger Zweck ist, werden zahlreiche Firmen inzwischen bemerkt haben, die eine Zahlungsaufforderung mit dem besonderen Hinweis auf die Steuerfreiheit in der letzten

Zeit erhalten haben. Ein bekanntes Nachrichtenmagazin enthielt kürzlich Einzelheiten darüber, wie die "Staatsbürgerliche Vereinigung" zur finanziellen Förderung bestimmter Parteien im niedersächsischen Gemeindewahlkampf vorgegangen ist. Die Firmen erhielten einen Brief des "Instituts für die Niedersächsische Wirtschaft e.V.", in dem es hiess:

"Da viele unserer Firmen es nicht gern sehen, dass in ihren Büchern Spenden, die an eine bestimmte politische Partei gegeben worden sind, erscheinen, ist die jetzt neu gegründete und mit uns in Bürogemeinschaft arbeitende "Niedersächsische Staatsbürgerliche Vereinigung e.V." als eine neutrale Sammelstelle für Gelder, die für politische Parteien bestimmt sind, bereit, solche Spenden entgegenzunehmen ..."

Das Institut weist auf die grosse Wichtigkeit dieser Spenden hin, "um den die soziale Marktwirtschaft tragenden Parteien ... zu ermöglichen, sich ... erfolgreich durchzusetzen."

Nach der Verordnung der Bundesregierung vom 23. Oktober sind bereits Spenden, die im Veranlagungszeitraum 1955 gezahlt wurden, steuerfrei. Diese Tatsache, dass anonyme Vereinigungen gegründet werden können, um mit ausdrücklicher Genehmigung der Regierung die sie tragenden Parteien steuerfrei zu finanzieren, rückt die Bedeutung eines Parteiengesetzes nach Art. 21 des GG wieder in den Vordergrund. Die Offenlegung der Quellen, aus denen die Parteien ihre finanziellen Mittel erhalten, sollte noch dieser Bundestag trotz aller dem entgegenstehenden Schwierigkeiten beschliessen.

### Einladung zur Vergeltung

ler. Grossen persönlichen Mut hat der Bildberichterstatter einer süddeutschen Wochenbildzeitung bewiesen: Er photographierte unter höchster Lebensgefahr das schaurige Geschehen in den ungarischen Städten. In Budapest beobachtete er vom Turm eines Kampfwagens aus, der, mit Aufständischen besetzt, ein Widerstandsnest zerschoss, die Wirkungen dieses Angriffs. Seine Kamera hielt die schrecklichsten Szenen fest - Verbrannte auf den Strassen, todesnutige Einzelgänger, die sich gegen die russische Panzerwalze warfen, die Opfer von Massakrierungen, ihre in aller Eile erfolgte Beerdigung - in "ungeweihter Erde" wie er nicht vergisst hinzuzufügen - und auch eine Gruppe von drei jungen Leuten, die vom Senderaum eines Freiheitssenders die Freiheitskämpfer zum Ausharren anfeuern.

Man wird diese Bilder, diese von Meisterhand geschaffenen Aufnahmen eines namenlosen Schreckens nicht vergessen, sie lassen das Herz erbeben.

Die besagte Wochenbildzeitung trägt das Datum vom 10. November. Der Heldenkampf des ungarischen Volkes hatte aber durch die brutale Intervention der Sowjettruppen vom 3. November eine tragische Wendung genommen, die Freiheitskämpfer hatten einen furchtbaren Rückschlag erlitten. Dachte der Bildberichterstatter nicht daran, als er seine Bilder der Münchner Redaktion sandte? Diese veröffentlichte sie ohne jede Vorsichtsmassnahme, sie unterliess es, die Gesichter der Streiter gegen die Tyrannei durch Streifen über die Augen unkenntlich zu machen.

Unbestreitbar: zu den eifrigsten Käufern dieser Ausgabe werden die Unterdrücker des ungarischen Volkes gehören, sie können nun ohne grosse Mühe auf Grund dieser Bilder auch ihre Gegner erkennen. Nicht allen gelingt oder gelang die Flucht in das rettende Österreich; für manchen von ihnen mag die Gewinnsucht und Sensationsgier dieser Münchner Bildzeitschrift den Tod durch russische Erschiessungskommandos bedeuten...

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau